

Fraktion DIE LINKE.
Margit Jung

Rede zum Haushalt 2013 im Stadtrat am 14.03.2013

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
Sehr geehrte Damen und Herren Stadträte,
sehr geehrte Gäste!

Was finden wir Stadträte in dem von Ihnen, Frau Oberbürgermeisterin und Herr Bürgermeister, zu verantwortenden Haushaltsplan vor?

Das Volumen des Ergebnisplanes 2013 ist geringer als 2012, wobei der Plan 2012 einen planmäßigen Verlust von 6 Mio. € beinhaltet, dies wird im v-Ist 2012 überboten!

Das HH-Volumen des jetzt vorliegenden Planentwurfs ist auch niedriger als in jenem Entwurf, der uns im Herbst 2012 vorgelegt wurde.

Wesentliche Änderungen des ThürFAG (Beschluss des Thüringer Landtages vom Januar 2013) finden nicht 1:1 ihren Niederschlag im HH-Entwurf der Stadt für 2013.

Das HH-Volumen 2013 reicht nicht aus, um

- Pflichtaufgaben
- übertragene Aufgaben und
- sogenannte „freiwillige Aufgaben“

bedarfsgerecht zu erfüllen.

Gewertet an den gesetzlichen Grundlagen Grundgesetz (GG) und Thüringer Verfassung sowie an Ihren Wahlaussagen, Frau Dr. Hahn, ist folgendes zum vorliegenden HH anzumerken:

Da heißt es im Grundgesetz:

„(2) Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Auch die Gemeindeverbände haben im Rahmen ihres gesetzlichen Aufgabenbereiches nach Maßgabe der Gesetze das Recht der Selbstverwaltung. Die Gewährleistung der Selbstverwaltung umfasst auch die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung...“.

Die Thüringer Verfassung formuliert hinsichtlich der HH:

Nach Artikel 93 Abs. 1 Satz 1 der Verfassung des Freistaates Thüringen ist das Land verpflichtet, den Kommunen eine insgesamt angemessene Finanzausstattung zu sichern, damit die Kommunen die ihnen übertragenen und pflichtigen,

aber auch freiwilligen Aufgaben in angemessener Weise wahrnehmen können.

Bezogen auf beide gesetzliche Grundlagen kann leider nur die Feststellung getroffen werden, dass die Finanzausstattung sicher nicht vollumfänglich das verankerte Recht der kommunalen Selbstverwaltung gewährleistet und damit im Widerspruch zu beiden Verfassungen steht!

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

was haben Sie vor Jahresfrist nicht alles versprochen?

Kassensturz, Nachtragshaushalt für 2012, Zukunftspakt mit dem Land, Beschleunigung des Schulbauprogramms, Sie waren gegen vermeintliche „Prestigeprojekte“, gegen „Plündern“ der Sparkasse, Sie haben Steuersenkungen versprochen. Nach einem Kassensturz den Haushalt auf solide Grundlagen stellen, die Wirtschaft stärker fördern, die Gewerbesteuer senken...

Sie versprochen auch Verlässlichkeit:

Keine unhaltbaren Ankündigungen, nur verlässliche Aussagen -
Soziales, Kultur und Sport brauchen verlässliche Planzahlen.

Erfüllt dies der erstmals unter Ihrer ganz persönlichen
Verantwortung als Oberbürgermeisterin dieser Stadt vorgelegte
Haushaltsplanentwurf?

Ich muss Ihnen sagen, dass dies nur mit einem ganz deutlichen
NEIN zu beantworten ist.

In der TLZ 07.05.2012 hieß es:

„Ich will vor allem mein finanzpolitisches Wissen und meine
Führungserfahrung einbringen.“

Als erstes ein Kassensturz durchführen, denn Politiker sollten
sich als Treuhänder verstehen, dieses Vermögen klug
anzulegen.

In dem AA vom 4. Juli 2012 versprachen Sie, den städtischen
Haushalt inklusive aller Schattenhaushalte zu durchleuchten.

Und weiter:

„Ein Anfang muss gemacht werden. Die Chance besteht jetzt.
Ich bringe meine Sachkenntnis als promovierte
Wirtschaftswissenschaftlerin, mit mehr als 20 Jahren
Führungserfahrungen im öffentlichen Dienst, meine Kontakte zu
namhaften Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und
Gesellschaft, meine Menschenkenntnis ein. Und überhaupt will

ich für unsere Bürgerinnen und Bürger die gute Seele im Rathaus sein.“

Findet sich diese Aussage im städtischen Haushalt wieder?

NEIN

Unter der Überschrift: Haushalt in Ordnung bringen warben Sie in Ihrer Wahlbroschüre:

„Im städtischen Haushalt stehen jährlich über 200 Millionen Euro zur Verfügung. Das ist viel Geld. Ich sehe mich als Treuhänderin, das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zum Wohle der Allgemeinheit einzusetzen. Schluss mit der Haushaltssanierung auf dem Rücken der Bedürftigen.“

Im Haushalt 2013 erkennbar ? NEIN

Sehr geehrte Frau Dr. Hahn,

das „Oberbürgermeisteramt ist eines der schönsten und wichtigsten im Land. Manche denken dabei an die Machtfülle, die sich in einer Person als oberste Repräsentantin der Stadt, als Chefin der Verwaltung vereinigt. Doch noch mehr ist das Amt geprägt von der Breite der Aufgaben, der Vielfalt an Gestaltungsmöglichkeiten und auch der Verantwortung, die es

mit sich bringt. Es verpflichtet, dem Gesetz auch dort Geltung zu verschaffen, wo Applaus nicht zu erwarten ist.

Wir wissen, dass die vor Ihnen stehenden Aufgaben nicht einfach zu erfüllen sind und wie Sie selbst in Ihrer Rede angekündigt haben, drängt die Zeit für weitreichende und wichtige Entscheidungen.

An Ihrem Leitgedanken „Gera, gemeinsam gestalten“ wird Ihr Tun nicht nur von den Bürgerinnen und Bürgern, sondern besonders von unserer Fraktion gemessen werden.

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von der Kommunalpolitik und besonders von dem Spitzenkommunalpolitiker professionelles Agieren auf sämtlichen Politikfeldern.

Gleichzeitig setzt sich die Kommunalpolitik der ständigen demokratischen Kontrolle der Bürger aus. Täglich begegnet der Kommunalpolitiker seinem Wähler und wird einer entsprechenden Beurteilung unterzogen.“

Dies gab ich Ihnen namens der Fraktion DIE LINKE anlässlich Ihrer Amtseinführung im vergangenen Jahr mit auf den Weg.

Und heute:

Mit dem vorgelegten Haushalt und den damit verbundenen Problemstellungen haben Sie Führungsstärke vermissen lassen.

Im Gegenteil: Es ist der chaotischste Ablauf einer Haushaltsaufstellung, den ich seit 2004 erlebt habe.

Unser Fazit lautet deshalb:

Große Ankündigungen – nichts erfüllt!

Wertung für c)

Diese Wahlversprechen widerspiegeln sich nicht im vorliegenden HH-Entwurf; eine Einschränkung möchte ich aber für die Fortführung des Schulbauprogramms machen.

Gesamteinschätzung:

Der Haushalt 2013 ordnet sich ein in die Kette schlechter Haushalte der Vergangenheit, insbesondere der letzten beiden Jahre.

Der Haushalt für 2013 bedeutet Verwaltung des Mangels in unserer Stadt!

Meine Fraktion wendet sich entschieden gegen das Argument, dass ein schlechter Haushalt immer noch besser ist als gar kein Haushalt.

Wir fordern nichts weniger ein als die Einhaltung der Gesetzlichkeit der Bundesrepublik Deutschland und des Freistaates Thüringen, deshalb auch unser Sachantrag...

Sehr geehrte Damen und Herren,

darüber hinaus sieht die Fraktion DIE LINKE aber auch Kritikpunkte im Verantwortungsbereich des Finanzbürgermeisters:

- Der HH ist zwar in den Erträgen und Ausgaben des Ergebnishaushaltes rechnerisch ausgeglichen, dennoch wurden ca. 1 Mio. € Bedarfsanmeldungen der FD und Dezernate nicht berücksichtigt
- Beschlüsse des Stadtrates zur finanziellen Sicherung finden nicht den entsprechenden Niederschlag im HH-Entwurf, wie z.B: das Museumskonzept oder der Brand- und Katastrophenschutzplan. Es nervt, das wir als Stadträte so einen Plan beschließen, alle die Maßnahmen als unterstes Level beschreiben und die Verwaltung die Dinge einfach nicht bearbeitet. Deshalb auch unser Antrag im Hauptausschuss.

- Ergebnis- wie Finanzplan 2013 beinhalten Einnahmen aus der Veräußerung der ehemaligen Landeszentralbank (Kunsthhaus), wofür nach meiner Kenntnis keinerlei Voraussetzungen gegeben sind.
- Gera führte die Doppik ein: Die Eröffnungsbilanz liegt bisher immer noch nicht vor.

Meine Damen und Herren,

- Das Geld der Stadt ist eine Sache der Bürgerinnen und Bürger der Stadt.
- Eine Stadt, deren Ausgaben schneller wachsen als die Einnahmen, kann keine großen Sprünge machen. Sie muss sich politische und finanzielle Spielräume zurückerobern.
- Konsolidieren bedeutet mehr als kürzen. Es geht um grundlegende Reformen der Einnahmen wie der Ausgaben der Kommunen. Wir wenden uns energisch gegen eine Schein-Konsolidierung des Haushaltes durch Leistungskürzungen. Leistungskürzungen verschärfen die soziale Lage gerade der Schwächeren und belasten damit letztlich erneut die städtischen Finanzen.

- Gera finanziell wieder auf die Füße zu bekommen, gelingt nur dann, wenn dies als Gemeinschaftswerk seiner Bürgerinnen und Bürger angegangen wird. Die Bevölkerung muss an der Aufstellung der Haushalte der Stadt Gera beteiligt werden. Bürgerinnen und Bürger müssen zukünftig durch Planungswerkstätten und Stadtteilforen in Entscheidungen einbezogen werden. Über Investitionen mit weitreichenden finanziellen Konsequenzen sollten grundsätzlich Bürgerentscheide stattfinden.

Dazu ist noch viel Arbeit zu leisten, aber es wären Alternativen!